

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 23.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6241.

Hannover
Sonnabend, 15. November 1902.

Geschäftsrate pro 3gepalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Annahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinhilberstr. 6.

11. Jahrg.

Zur Abstimmung!

Die Abstimmung über Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung wird vom 1. bis 21. November vorgenommen. Stimmzettel sind der Nr. 22 des „Proletarier“, der „Gleichheit“, sowie dem italienischen und dem polnischen Blatte beigelegt worden, so daß jeder Verbandsgenosse einen Stimmzettel erhalten hat.

Die Bevollmächtigten und Vertrauensmänner wollen dafür sorgen, daß an jedem Verbandsorte eine Abstimmungskommission eingesetzt wird. Deren Aufgabe besteht darin, zu überwachen, daß

1. jedes Mitglied nur einmal abstimmt;
2. daß an der Abstimmung nur Verbandsgenossen teilnehmen, die gemäß den §§ 6 und 7 des Statuts ihre Beitragspflicht erfüllt haben.

Die Abstimmungskommission der Verbandsorte hat nach vollzogener Abstimmung die Unterschrift der abgegebenen Stimmzettel mit dem am Orte geführten Namensverzeichnis (Beitragsliste) zu vergleichen und die Stimmzettel dann sofort an meine Adresse einzusenden. Dieselben werden dann nach Ort, Anzahl und Abstimmungsergebnis tabellarisch zusammengestellt und im „Proletarier“ veröffentlicht.

Am 30. November wird der Abstimmungsakt geschlossen, später einlaufende Stimmzettel werden als ungültig erklärt.

An der Abstimmung müssen alle Verbandsgenossen teilnehmen. Die Stimmzettel können in den Versammlungen abgegeben werden, auch können sie von den Hilfskassierern eingesammelt oder von den abstimmenden Kollegen per Post, natürlich frankiert, den Bevollmächtigten oder Vertrauensmännern zugesandt werden.

Die ihre Beiträge nach Hannover zahlenden Mitglieder senden ihre Stimmzettel an meine Adresse.

Verbandsgenossen, Verbandsgenossinnen! Eine wichtige Entscheidung liegt in Euren Händen. Nehmt Alle an der Abstimmung teil.

Mit kollegialischem Gruß

Aug. Brey.

„Ca canny“ — „Nur immer hübsch langsam!“

Von Brutus.

Unter obigem Titel hat der Generalsekretär des Arbeitgeber-Verbandes von Hamburg-Altona, v. Reiskow, in einer Broschüre mehrere Artikel aus einer englischen Zeitung zusammengestellt, in denen er den Nachweis zu erbringen sucht, daß die vielgerühmte Organisation der englischen Arbeiter die Hauptschuld an dem wirtschaftlichen Niedergang Englands trägt. Die englischen Arbeiterorganisationen seien nämlich bestrebt, die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters systematisch herabzudrücken, um hierdurch die Unternehmer zur Mehreinstellung von Arbeitskräften und zur Bewilligung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu zwingen. Man hofft auf diese Weise die etwa feiernden Kollegen in Arbeit zu bringen und mit der Zeit die Arbeitslosigkeit gänzlich aus der Welt zu schaffen. In England nennt man „dieses neueste Geschäftsmittel für Arbeitsniederlegung“ das Ca canny-System. Wenn nämlich zwei Schotten zusammen spazieren gehen und der eine läuft dem andern zu schnell, so sagt Letzterer: „Ca canny, mon, ca canny!“ Das heißt etwa zu deutsch: „Gut Di man Tied, Mann — laß Dir nur Zeit, Mann!“ Dies System läuft, nach der Meinung des „bezahlten Agitators der Scharfmacher“, auf einen absichtlichen und überlegten Betrug hinaus, da die Arbeiter ihre ganze Arbeitskraft gegen eine bestimmte Entlohnung verkaufen, aber nur die Hälfte davon hergehen.

Als ein Beispiel dafür, daß die Arbeiter tatsächlich „in betrügerischer Weise mit ihrer Arbeitskraft geizen und sich systematisch aufs Faulenzen verlegen“, erzählt er, daß ein Mayer vor 20 Jahren durchschnittlich 1000 Steine per Tag vermauerte und vor 30 Jahren sogar 1200, daß aber diese Zahl heutzutage auf 400 herabgesunken sei; bei öffentlichen Bauten würden nur noch 200 Steine und manchmal sogar nur 70 Steine als Durchschnittsleistung verarbeitet; ähnlich sollen auch die anderen an einem Bau beschäftigten Leute faulzen. Jeder Kenner der tatsächlichen Verhältnisse weiß, daß die Arbeitsleistung im Baugewerbe seit 30 Jahren ganz kolossal gestiegen ist, und daß es äußerst wünschenswert erscheint, dieser

fortwährenden Steigerung ein energisches „Galt“ zu gebieten.

Besonders die Altkorarbeit hat in dieser Beziehung ganz verheerend gewirkt und es ist deshalb nur lobend anzuerkennen, daß die englischen Arbeiterorganisationen — gleich wie die deutschen — sich bestreben, das System des Strohlohns nach Möglichkeit einzuschränken. Noch schlimmer als die Altkorarbeit wirkt das sogen. amerikanische Prämiensystem, das den Arbeiter zu einer immer größeren Anspannung seiner Kräfte ansetzt, ihm aber nur einen Teil der Mehrleistung vergütet; den größten Teil des Ueberschusses steckt das Unternehmertum als „Prämie“ für seine Geriebenheit in die eigene Tasche.

Der Goldschreiber des Kapitalismus, der mit Ingrim um erzählt, daß „die faulen, organisierten“ Arbeiter ihre unorganisierten „fleißigen“ Kollegen in jeder Weise schikanieren und terrorisieren, hält es für das größte Verbrechen der englischen Gewerkschaften, daß sie sich nicht damit begnügen, die einstmal so überlange Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß zurückzuschrauben, sondern daß sie auch versuchen, eine normale Durchschnittsleistung festzusetzen. Dieses sehr lobenswerte Bestreben geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß nicht nur eine überlange Arbeitszeit den Körper ruiniert, sondern daß auch eine intensiver Arbeitsweise, die den letzten Tropfen Arbeitskraft aus den Arbeiter herauspreßt, eine äußerst nachteilige Wirkung auf den menschlichen Organismus ausübt. Kann man es da den englischen Arbeitern verdenken, daß sie durch statistische Bestimmungen dem unvernünftigen, geradezu mörderischen Draufloschuppen einen Riegel vorschieben wollen und ihre Kollegen dazu anhalten, mit ihrer Arbeitskraft, dem einzigen Gut des Proletariats, häuslicher und sparsam umzugehen?

Ferner suchen die englischen Gewerkschaften die Ueberstunden zu beseitigen, indem sie vorschreiben, daß wenn mehr als 10 Prozent der Mitglieder in einer Branche arbeitslos sind, überhaupt keine Ueberstunden mehr gemacht werden dürfen. Nicht minder auch sind sie bestrebt, das Arbeitsangebot dadurch zu regeln, daß sie nur mit organisierten Kollegen zusammen arbeiten und die Zahl der einzustellenden Lehrlinge möglichst niedrig halten wollen. Wer die unvernünftige Behringlitzerei und die dadurch herbeigeführte Ueberfüllung mancher Branchen kennt, und wer das unsolidarische Verhalten so vieler unorganisierter Arbeiter verabscheut, der wird auch in diesem Bestreben der englischen Gewerkschaften nichts Auffälliges erblicken. Endlich erregt es auch noch den Zorn des kapitalistischen Tintenkulis, daß die Arbeiterorganisationen das Recht für sich in Anspruch nehmen, in Bezug auf die Einstellung und Bedienung von Arbeitsmaschinen ein Wort mitzureden.

Gerade in letzterer Beziehung hat sich das Kapital an den Arbeitern sehr veründigt. Bei der Bestimmung über die Schnelligkeit einer Maschine nimmt ja das Unternehmertum keine Rücksicht auf den Arbeiter, der sie bedient, sondern nur auf die Maschine; wenn diese die Arbeit aushalten kann, ohne dabei in die Brüche zu gehen, so ist es gut, ob der Arbeiter es aushalten kann, ist Nebensache. Wie speziell in England das Unternehmertum vorgegangen ist, ergibt sich aus folgenden Thatsachen. Schon im Jahre 1836, als in England der zwölfstündige Arbeitstag in der Praxis eingeführt wurde, konnte ein englischer Fabrikant erklären: „Verglichen mit früher ist die Arbeit in den Fabriken sehr gewachsen in Folge der größeren Aufmerksamkeit und Thätigkeit, welche die bedeutend vermehrte Geschwindigkeit der Maschinerie vom Arbeiter fordert“, und im Jahre 1844 machte Lord Ashley im englischen Parlamente folgende dokumentarisch belegte Aufstellungen: „Die Arbeit der in den Fabrikprozessen Beschäftigten ist jetzt dreimal so groß, als bei der Einführung solcher Operationen. Die Maschinerie hat zweifelsohne ein solches Wert erreicht, welches die Sehnen und Muskeln von Millionen Menschen ersetzt, aber sie hat auch erstaunlich die Arbeit der durch ihre furchtbare Bewegung beherrschten Menschen vermehrt.“ Im Jahre 1841 übermachte ein Baumwollgarnspinner mit 3 Gehilfen nur 300 bis 324 Spindeln, im Jahre 1871 hatte er mit 5 Gehilfen 2200 Spindeln zu überwachen und produzierte mindestens siebenmal so viel Garn, als vor 30 Jahren. Im Jahre 1863 erklärte ein Mitglied im englischen Parlamente: „Arbeiterdelegirte von 16 Distrikten in Lancashire und Cheshire, in deren Aufträge ich spreche, haben mir mitgeteilt, daß die Arbeit

in den Fabriken in Folge der Verbesserung der Maschinerie beständig wachse. Statt daß früher eine Person mit Gehilfen zwei Webstühle bediente, bedient sie jetzt drei ohne Gehilfen und es ist gar nichts Ungeöhnliches, daß eine Person ihrer vier bedient. Zwölf Stunden Arbeit werden jetzt in weniger als zehn Arbeitsstunden gepreßt.“ Ist es unter solchen Umständen ein Wunder, daß sich die englischen Arbeiter gegen eine derartige Ueberbürdung mit Arbeit zur Wehr setzen? Warum sollen denn, so fragen sie sich, alle technischen Schritte den Kapitalisten zu gute kommen, während die Arbeitsmühe der Proletarier um so größer wird?

Ganz offenkundig läuft das Bestreben der organisierten Arbeiter, eine mäßige Durchschnittsleistung festzusetzen und mit der Verausgebung der Arbeitskraft hauszuhalten, den Interessen des ausbeuterischen Kapitals direkt zuwider. Hier steht sich nämlich das auf schrankenlose Ausbeutung und Ausnutzung der Arbeitskraft gerichtete Interesse des Unternehmertums und das auf möglichste Schonung dieser selben Arbeitskraft gerichtete Bestreben des Proletariats vollständig entgegen. Beide Interessen sind gleichberechtigt und es läßt sich verstehen, wenn das Unternehmertum Wuth schnaubt, weil die Arbeiterklasse erfolgreich bestrebt ist, ihm die Ausbeutungsstrahlen etwas zu beschneiden. Hierbei soll nun nicht bestritten werden, daß die Steigerung der Arbeitsleistung im Allgemeinen im Interesse der Kulturentwicklung liegt und jeder vernünftige Arbeiter wird sich darüber freuen, daß wir heute bedeutend mehr produzieren können als früher, wogegen wir aber ankämpfen, ist das Bestreben des Unternehmertums, diese Steigerung auf Kosten der Gesamtheit und der Lebenshaltung der Arbeiterklasse vorzunehmen.

Ohne Zweifel ist es das gute Recht der Arbeiter, sich gegen eine allzu große Intensität der Arbeit und das dadurch herbeigeführte übermäßige Herauspressen der Arbeitskraft zu wehren. Abgesehen von den gesundheitsschädlichen Einflüssen einer zu intensiven Arbeitsweise spielt hier die volkswirtschaftliche Frage eine wichtige Rolle. Da die Arbeitskraft nicht in unbefränktem Maße vorhanden ist und sich nicht willkürlich ersehen läßt, so ist der Arbeiter in seinem ureigensten Interesse verpflichtet, mit dieser seiner einzigen Habe sparsam umzugehen. Hat er sie nämlich in leichtsinniger Weise verpulvert, so ist er wertlos wie eine ausgepreßte Zitrone und der Unternehmer wirft ihn auf die Straße. Auch in petanärer Beziehung wird er durch die übergroße Intensität geschädigt. Wenn er zu rechnen versteht, so könnte er zu seinem Unternehmer folgendermaßen sprechen: „Nehmen Sie an, meine Arbeitskraft ließe sich unter normalen Verhältnissen innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren ausschöpfen; rechnen wir das Jahr zu 300 Arbeitstagen und einen Tagelohn von 4 Mk., so hat meine Arbeitskraft einen Gesamtwert von $30 \times 300 \times 4 \text{ Mk.} = 36\,000 \text{ Mk.}$ Preßt Du mir in Folge einer allzulangen Arbeitszeit oder einer zu großen Intensität meine Arbeitskraft schon in 25 Jahren aus dem Körper, so bezahlst Du mir für dieselbe nur $25 \times 300 \times 4 \text{ Mk.} = 30\,000 \text{ Mk.}$ Du betrügst mich also um 6000 Mk. und das brauche ich mir nicht gefallen zu lassen.“ Was vermöchte ein Unternehmer hiergegen wohl einzuwenden?

Es ergibt sich also aus dem Wesen der Waare Arbeitskraft, daß der Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, für eine Beschränkung des Ausbeutungsgrades seiner Arbeit zu sorgen. Bei der heutigen fortgeschrittenen Entwicklung genügt es nicht mehr, einen Arbeitstag von normaler Dauer zu erkämpfen, sondern das Bestreben muß auch dahin gehen, in diesem normalen Arbeitstage auch nur eine normale Leistung zu verrichten. Will die Arbeiterklasse nicht das, was sie durch eine Arbeitszeitverkürzung gewinnt, durch eine Steigerung der Intensität wieder verlieren, so muß sie sich, gleich den englischen Gewerkschaften, mit der Festlegung einer normalen Durchschnittsleistung befassen.

Nicht das ist die Frage, ob die Arbeiter berechtigt sind, das Ca canny-System in die Praxis umzusetzen; sondern ob sie die Macht hierzu haben. Und wenn sie die Macht hierzu heute noch nicht besitzen, so müssen sie sich dieselbe eben erwerben.

Daß das Scharfmachertum mit Erbitterung gegen dieses System Sturm läuft, darf uns keineswegs

Wander nehmen. Bis jetzt hat es noch immer und überall Alles bekämpft und geschädigt, was zu einer Verbesserung der Lage der Arbeiter beizutragen geeignet war. Als der Jahrestag in England eingeführt werden sollte, riefen die Unternehmer, daß die letzte Stunde des Kapitals geschlagen habe. Mit blutigem Hohn spottet der englische Dichter Charles Dickens über das Begehren der Unternehmer, daß sich jedesmal erhob, wenn man ihnen die Freiheit ihrer Arbeiter nach Herzenslust auszubeuten, in etwas wenigstens beschränken wollte. "So oft ein Schloßbarone sah," schreibt er, "daß ihm Unrecht geschah, d. h. daß man ihn hindern wollte, seiner Ausbeutung freien Lauf zu lassen, kam er ganz bestimmt mit der schrecklichen Drohung, er werde lieber sein ganzes Vermögen in das Atlantische Meer werfen. Hierdurch hat er den Ministern des Innern mehrmals bis zum Tode erschreckt. Bei alledem waren jedoch die Schloßbarone so praktisch, daß sie ihr Vermögen nicht in das Atlantische Meer geworfen, sondern dasselbe sehr in Acht genommen haben. So lag es denn im Nebel dort, und es gedieh und vermehrte sich." Klingt dies nicht gerade, als ob es auf die heutigen Scharfmacher genügt wäre, die bei jeder Gelegenheit von dem Ruin aller Unternehmungen reden und in jedem Erfolg der Arbeiterbewegung den Untergang ihres Geschäftes erblicken?

Und doch sind die krächzenden Unglücksrufen durch die Entwicklung noch jedes Mal Lügen gestraft worden, was sie aber nicht abhält, immer von Neuem wieder Unheil zu verkünden. Die Wuthausbrüche und Unheilvermutungen der kapitalistischen Soldarbeiter, die von Zeit zu Zeit mit erneuter Heftigkeit die öffentliche Meinung zu beeinflussen suchen, beweisen nur, daß es mit der Arbeiterbewegung vorwärts geht und daß sie auf dem rechten Wege ist. Die deutschen Arbeiter können bei dem Klaffen des Scharfmacherthums die Worte Goethe's auf sich anwenden:

Und seines Vellens lauter Schall
Beweist nur, daß wir reiten!

Mögen die Scharfmacher bellend und klaffen — wir reiten weiter, dem Ziele entgegen, das wir uns gesteckt haben.

Von der Agitation.

Im Auftrage des Gauvorstandes für den Gau 19 unternahm Ende unterzeichnete eine Agitationsstour durch das Fürstenthum Ansbach und einige Orte Mittelbairns. Die erste Versammlung in Heiligenstadt war eine Mitglieder-Versammlung, zu der alle eingeladen waren, da unsern dortigen Kollegen leider kein Besatz zur öffentlichen Versammlung zur Verfügung steht. An den Vortrag über "Die Krise und die Aufgaben der Gewerkschaften" knüpfte sich eine lebhafte Debatte, in der unsere Kollegen die drückenden Verhältnisse unserer Arbeiter schilderten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind recht traurig: ein Lohn von 2-2,50 Mk für elfstündige Arbeitszeit. Dazu die Unsicherheit der Existenz. Am besten stehen sich noch die händlichen Arbeiter in der Korn-Dampfmühle, die zwar nur 20 Pf. die Stunde erhalten, aber doch zum guten Theilständig Beschäftigung haben. Die übrigen sind zum Theil Gelegenheits-, zum Theil Landarbeiter, die im Sommer nach Schwaben zur Ernte gehen. Ist ihnen dabei das Wetter günstig, haben sie in 10-12 Tagen 60-70 Mark verdient. Das heißt, der Tag beginnt des Morgens um 4 Uhr und endet um 10 Uhr. Das sind 17-18 Stunden, in denen unablässig die Senne geschwungen wird, daß oft nachmittags der Schwweiß in den Schuhen fest. Ist dagegen regnerisches Wetter, so vergehen oft 4 Wochen, bevor die Ernte beendet ist. Der Lohn bleibt derselbe, da nicht tageweise entlohnt wird, sondern es wird abfordern. Für eine bestimmte Anzahl Geleit Land abgeräumt, einzufahren und auszufahren giebt es eine bestimmte Summe. Beschäftigung erhalten die Leute auf dem Stroh gelieft, aber was für weiche. Des Morgens um 4 Uhr erhalten sie eine halbe Schmitze Brot und — einen Schnaps, um 10 Uhr Gerste, Brot und den gelben fetten Speck gelocht. Mittags und Abends dasselbe. Ist die Ernte vorbei, so suchen die Leute am Fassen oder sonstwie gelegentlich Arbeit zu erwischen. Oft haben sie Monate lang keinen ordentlichen Verdienst. Ein jammervolles Leben!

Die zweite Versammlung in Gütten war prächtig besucht und brachte auch einige Neuaufnahmen. Ebenfalls gut besucht war die Schwartauer Versammlung. In derselben sind ebenfalls neue Mitglieder aufgenommen worden, außerdem die Frauen hier vertreten, die mit schicklichen Juternisse den Verhandlungen folgten.

In Heiligenstadt war der Vortrag beständig. Aufgenommen wurden jedoch nicht erregt — richtig agitiert hatten unsere Schützlinge Kollegen, die noch dazu ein recht schönes Ansehen haben. Ganzal ist der Juternisse unter den Fernstehenden noch recht groß, diese gehen lieber in die Arbeitervereine, als daß sie zu uns kommen, und dann ist kein Lokal zu einer öffentlichen Versammlung zu haben. In einer Mitglieder-Versammlung giebt der eine Vorsitz allezeit keinen Erfolg her. So machten denn Gäste eingeladen werden und dieselben waren auch zahlreich erschienen. In die eine Stunde kam Wirthschafter und Kumpferinnen wurden dem Verbande gewonnen.

Der dritte Tag war auch die Arbeit der Versammlung, in welcher das Thema: "Der Arbeiter und Arbeiterinnenverband durch Selbsterziehung und Selbsthilfe" behandelt wurde. Die Kollegen sagten und sagten gegen an einer Reihe von Beispielen wie die wenigen Arbeitervereine von großen Schäden sind und fortgesetzt überredet werden, wie es also die Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Hier die frühere Darstellung selbst zu machen. Einige Kollegen wollten sich zur Erklärung.

In Geresmühlen war der allernächste am Meinen Sozialismus. Eine Anzahl Neuaufnahmen wurden ebenfalls erzielt. Es wird aber noch einer energischeren Agitation bedürftig, um die so arg zurückgebliebenen, mittelständigen Kollegen für den Verband zu gewinnen und damit die starke Möglichkeit zu schaffen, sie aus ihrer gedrückten Lage zu erlösen. So erhalten z. B. in der Mühle die Arbeiter bei einer Arbeitszeit von 5 1/2 Stunden bis 7 Uhr Abends einen Wochenlohn von 15 Mk. In der Schmelze ist der Lohn bis Abends 7 Uhr mit 1,50, 1,80, 2 Mk. bis höchstens 2,50 Mk. bezahlt.

Es ist ganz zu wünschen, daß die Versammlung in Heiligenstadt erfolgreich werden und nicht nur wenige erzielt, sondern auch ein sehr zahlreiches Publikum der nächsten Jahrestagung mitzubringen ist. Bitter noch

So werden z. B. in der Schuh- und Bekleidungsindustrie die achtstündige Arbeitszeit 12-15 Mk. die Woche verdient. In der Waggonfabrik ebenfalls, desgleichen in der Eisengießerei und Maschinenfabrik und dem Sägen- und Habelwerk, die alle einen Besitzer, dem Herrn Kobus, gehören. Selbst keine Arbeit bringen es die Arbeiter nie über 20 Mk. In der Maschinenfabrik beträgt der Tagelohn 2 Mk. für Männer und 1,25 Mk. für Frauen.

In der Zunderfabrik wird für 12stündige tägliche Arbeitszeit ein Wochenlohn von 15-18 Mk. bezahlt. In der Papierfabrik im Volkswunde "Knochenmühle" genannt, wird für 12 Stundenlohn von 18-20 Pf. für Männer und 12 Pf. für Frauen bezahlt. Auf den 5 Biegeleien, in denen insgesamt 150-160 Arbeiter beschäftigt sind, wird im Sommer von Morgens 6 bis Abends 7 1/2 und 8 Uhr gearbeitet. Bei Abkühlung bringen es die Arbeiter auf 20 Mk. die Woche. Im Winter, bei einer Arbeitszeit von Morgens 7 1/2 bis Nachmittags 4 1/2 Uhr, beträgt der Wochenverdienst ganze 10,50 Mk. Das einer so zahlreich vorhandenen Industrie-Arbeiter-Schaft sind nur so wenige organisiert. Es bewahrt sich aber hier wiederum der alte Erfahrungssatz: Steigt die Noth über einen gewissen Grad, stürzt sie die Menschen ab und macht sie für den Organisationsgedanken unzugänglich.

Louise Zieg.

Gau 8.

Am 19. Oktober tagte im Gemeindefausthause in Berlin unsere Gaukonferenz. Der Gesangsverein "Nordwacht" begrüßte die Delegierten durch mehrere Gesangsvorträge, sodann eröffnete der Gauvorsitzende, Kollege Franke, die Konferenz um 10 1/2 Uhr. Die Tagesordnung war folgende: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Berathung der gestellten Anträge und Agitation. 3. Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands. 4. Wahl des Gauvorstandes. 5. Wohl des Ortes für die nächste Konferenz und Sitz des Gauvorstandes. Als Vorsitzende wurden gewählt: Post-Charlottenburg und Hennig-Hindorf, als Schriftführer: Reife-Berlin und Reichmann-Hindorf. Zur Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Bruns-Berlin, Meyer-Zegel, Mische-Freienwalde. Es wurde die Präsenzliste verlesen. Anwesend waren 29 Delegierte, der Gauvorsitzende, der Kassierer; der Hauptvorstand war vertreten durch Kollegen Weg. Sodann gab Kollege Strauß den Bericht und führte aus, daß die Agitation nicht in der Weise ausgeführt werden konnte, weil ihm von Seiten des Hauptvorstandes das Sparfächer-System anempfohlen wurde, aber dessenwegen hätte er in seiner freien Zeit Alles gethan, was ihm möglich war. Es sind im letzten halben Jahre 4 Zahlstellen gegründet: Gernsdorf, Johannisthal, Rauen und Schöneberg. Eingegangen sind: Gollinchen, Neu-Weißensee, Schwiebus und Söb. Die Zahlstellen Söb ist der Zahlstelle Lehmin beigetreten, da am Orte kein Veranlassungslokal zu bekommen war. Briefe gingen ein 63, jener 43 Karten, 3 Depeschen, 5 Druckfachen; ausgegangen sind 45 Briefe, 33 Karten, 2 Pakete, 3 Depeschen, 71 Druckfachen, außerdem wurden 2 Veranlassungen und 6 Sitzungen abgehalten. In der Zahlstelle Regim war der Gauvorsitzende bei Ausbruch eines Streiks thätig, der für unsere Kollegen günstig verlief und mit einer Lohnerhöhung endete. Der Kassierbericht weist eine Einnahme von 126,84 Mk. und eine Ausgabe von 26,09 Mark auf. Auf Grund der von den Delegierten schriftlich vorgelegten spezialisierten Abrechnung kritisierte Hennig-Hindorf einzelne Posten als zu hoch. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission, welcher bei Beginn der Nachmittags-Sitzung erstattet wurde, ergab, daß 30 Delegierte anwesend waren, die 22 Zahlstellen vertreten. Vom Gauvorstand waren der Vorsitzende und der Kassierer anwesend; der Vorstand war durch Weg vertreten. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Lehmin, Lehmin, Borsdorf, Eberswalde und Gernsdorf. Ein von der Zahlstelle Berlin gestellter Antrag, den Sitz des Gauvorstandes nach Berlin zu verlegen, wurde angenommen. Auch ein Antrag Berlins, die Revisionen aus Mitgliedern mehrerer Zahlstellen zu wählen, wurde angenommen. Bestimmt wurden zur Stellung der Revisionen die Zahlstellen Berlin, Charlottenburg und Zegel. Einen dritten Antrag aus Berlin, den Gauvorsitzenden zu beauftragen, begründete der Kollege Sembrun. Der Gauvorsitzende sei Maßregelungen ausgeführt. Wenn er seine Aufgaben in richtiger Weise lösen wolle, dann könne er sich nicht nur auf die Thätigkeit am Sonntag beschränken. Er müsse dann auch an Tagen der Woche Agitationsarbeit verrichten, da gerade er in Konflikt mit seinem Unternehmer, er werde entlassen und müsse unterjocht werden. Würde der Gauvorsitzende beauftragt, dann könne er seine ganze Kraft ohne jede Rücksichtnahme der Organisation widmen. Das Beispiel, das andere Organisationen, die beauftragte Beamte für die Agitation haben, zeigen, beweise, daß diese vortheilhaft für die Organisation thätig sind. Im gleichen Sinne äußerte sich Kollege Bruns-Berlin, während der Kollege Hennig-Hindorf den Antrag bekämpfte. Der Antrag wurde abgelehnt, aber beschlossen, eine aus 5 Kollegen bestehende Kommission einzusetzen, die auf Grund angelegender Berechnungen ermitteln soll, welche Kosten zur Anstellung eines Beamten erforderlich sind und wie diese die einzelnen Zahlstellen belasten werden. Diese hat dann der nächsten Konferenz Bericht zu erstatten. Die Kommission wird gebildet aus je einem Mitgliede der Zahlstellen Berlin, Charlottenburg, Spandau, Zegel, Hindorf. Das von Berlin gestellte Kommissionsmitglied gilt als Ohmann. Der Antrag von Regim, jedes Jahr eine Agitationsstour vorzunehmen zu lassen, wurde abgelehnt. In eine Besprechung über die Arbeitslosen-Unterstützung wurde nicht eingetreten. Als Gauvorsitzender wurde Kollege Hennig-Hindorf gewählt. Die nächste Gaukonferenz tagt in Charlottenburg. Es wurde noch zum Schluß das Zirkular, welches von den Beschlüssen der Konferenz und Revisionen der Zahlstellen Hannover, Siedben und Krefeld verfaßt ist, verlesen und besamt, das Vorgehen und die Resolutionen seien unrichtig, man solle es aber jeder einzelnen zum Gau gebörenden Zahlstelle überlassen, wie sie sich zu der Angelegenheit stellen wolle. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Konferenz am 6 Uhr geschlossen.

Die Konferenz des Gaus 13 (Württemberg)

tagte am Sonntag, 5. Oktober, im "Gasthof zum Hühnerweil" in Ulm a. d. Donau. Vertreten waren 14 Zahlstellen durch 21 Delegierte und der Gauvorstand durch 2 Delegierte. Nicht vertreten waren 5 Zahlstellen, was hauptsächlich der geographischen Lage zuzuschreiben war. Als Vorsitzende fungierten Kollege 2. Börner-Gammstadt und Fr. Lina-Water-Ulm und Gau-Alt als Schriftführer.

Im 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Börner-Gammstadt Bericht über die Agitations-thätigkeit im Gau. (Siehe Bericht in Nr. 19, Seite 3 des "Proletariats".) Hieran wurde seitens des Gauvorsitzenden Bericht erstattet über den Stand der Zahlstellen, was sich eine Einnahme von 485,24 Mk., eine Ausgabe von 408,28 Mk. und ein Kassierbestand von 65,88 Mk. ergab. Im Anschluß hieran wurde beiden Kollegen Debatte erstattet.

Im 2. Punkt erstatteten die anwesenden Delegierten Bericht über den gegenwärtigen Stand in ihren Zahlstellen, ebenso der Gauvorsitzende Kollege Börner, soweit es ihm möglich war, über die nicht vertretenen Zahlstellen. Aus den Berichten war zu ersehen, daß, obwohl es in einigen Zahlstellen etwas zurückgegangen ist, was hauptsächlich dem schlechten Geschäftsgange zuzuschreiben ist, es doch im Allgemeinen trotz der Krise wieder ein bedeutendes Stück vorwärts gegangen ist.

Unter Punkt 3 stellten die Kollegen Börner und Gau-Alt Vorschläge über: "Die betriebl. wie unsere weitere Agitation?" Es folgte eine umfangreiche Debatte, aus welcher zu entnehmen ist, daß wir in nächster Zeit hauptsächlich kleine Agitationen, sei es Hausagitation oder mündliche Agitation unter den Kollegen, vorzunehmen haben. Dieses würde jedenfalls mehr nützen, als große Agitationsstouren, von welchen wir in nächster Zeit überhaupt Abstand nehmen sollten. Durch keine Agitation ist es immer mehr möglich, tiefer in die breite Masse der Arbeiter einzudringen. Aus den großen öffentlichen Versammlungen können eben die interesselosen Arbeiter nicht, aber durch Haus- und mündliche Agitation ist es eher möglich, solche Arbeiter aufzuklären und ihnen den Zweck und Nutzen der Organisation und ihre Bedeutung für die arbeitenden Klassen klarzulegen. Wenn dann an einem Orte auf diese Art und Weise etwas gemacht ist, und es wird dann notwendig, eine öffentliche Versammlung mit Besprechung abzuhalten, so könne man dies immer machen und würde dann ein solches viel mehr Erfolg haben.

Im 4. Punkt sprachen sich sämtliche Redner während der umfangreichen Debatte für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung aus, mit Ausnahme von Gau-Alt, der im Auftrage seiner Zahlstelle für eine Krankenversicherung eintrat.

Es folgte die Berathung der Anträge. Der erste Antrag des Gauvorstandes: "Der Beschluß der vorjährigen Gaukonferenz in Heiligenstadt, betreffend der Beiträge an die Gaukasse, ist zu erneuern", wurde einstimmig angenommen. Antrag 2 wurde im folgenden Sinne angenommen: "Die Zahlstellen werden verpflichtet, eine Abchrift der mündlichen Verhandlungen in den ersten 5 Wochen nach Quartalschluß an den Gauvorstand einzusenden." Der Antrag 3: "Eine größere Agitationsstour durch den Gau findet im nächsten Jahre nicht statt", wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die Anträge der Zahlstelle Heiligenstadt: "Es sind Einladungen zur Agitation in Form von kleinen Flugchriften auf Kosten der Gaukasse herzustellen" und "Die Gaukonferenz hat im nächsten Jahre im Zentrum des Landes stattzufinden", wurden angenommen. Auf Antrag der Zahlstelle Göttingen wurde beschlossen: "Es ist jeder einzelnen Zahlstelle selbst überlassen, wie viele Delegierte sie zur Gaukonferenz schicken will". Der Antrag der Zahlstelle Böttingen: "Es ist eine Steuerklasse für den Gau einzuführen", wurde abgelehnt.

Sodann gelangte folgende Resolution zur Annahme: "Jedem Delegierten sowie dem Bevollmächtigten einer jeden Zahlstelle wird es zur Pflicht gemacht, entsprechend den örtlichen Verhältnissen zu agitieren. Die Zahlstellen erhalten nach Möglichkeit und Nothwendigkeit einen Referenten." Die nächste Gaukonferenz findet Pfingstsonntag 1903 in Stuttgart statt.

Der dem Beschluß des 6. ordentlichen Verbandstages: "Aufstellung eines beauftragten Gauvorstandes" wurde von den Kollegen in Heiligenstadt folgende Resolution gestellt: "In Anbetracht dessen, daß der bisherige Gauvorstand, Kollege Leonh. Börner, sein Amt zur größten Zufriedenheit verwaltet hat, ersucht die am 5. Oktober 1902 tagende Gaukonferenz des Gaus 13 (Württemberg) den Hauptvorstand sowie den Ausschuß des Verbandes, besondere Rücksicht auf den Kollegen Börner zu nehmen, da derselbe seit mehreren Jahren den Posten verwaltet und die Lage sowie die Verhältnisse des Gaus genau kennt." Diese Resolution wurde von den Delegierten mit großem Beifall einstimmig angenommen.

Kollege Börner wurde ersucht, so bald wie möglich eine Bewerbung um diese Stelle einzureichen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, das in einem dreimaligen "Hoch" auf den Verband ausklang, wurde die Konferenz geschlossen.

Korrespondenzen.

Altenburg. In der am 26. Oktober tagenden Versammlung referierte Kollege Erler über: Die Proletarbewegung der Hannoverischen Zahlstellen. Redner erklärt, daß jeder Kollege das Recht habe, an den Beschlüssen des Verbandes Kritik zu üben, nur habe sich die Kritik im Rahmen der Sachlichkeit zu halten. Wie weit dieser Rahmen von den Kollegen in Hannover innegehalten sei, überlasse er dem Urtheile der Kollegen. Den Prolet selbst behandelt er nach zwei Gesichtspunkten und zwar, indem er die Fragen untersucht, ob die Gehalts-erhöhung notwendig und berechtigt war, und ob es aufgeführt sein möglicherweise organisierter Kollegen würdig sei, gegen mit überwiegender Mehrheit gefasste Beschlüsse zu protestieren. Wesse man die Bezahlung der Beamten mit unserem eigenen Einkommen, dann erscheine sie zu hoch. Aber unser Einkommen ist uns ja auch ungenügend. Zu seiner Erhöhung organisieren wir uns. Berücksichtigt man, daß die Arbeit der Beamten eine aufreibende, mit Verger und Aufregung verbunden ist, so kommt man zu dem Ergebnis, daß man die Bezahlung als entsprechend ansehen kann. Gegen die Verbandstagsbeschlüsse zu protestieren, das sei eines organisierter Kollegen unwürdig. Unsere Organisation stellt eine Zusammenfassung von Kollegen dar, die alle die Verwirklichung einer Reihe von Grundfragen anstreben. Ueber die Verwirklichung und Erreichung der Grundfragen wird vor und auf dem Verbandstag verhandelt. Der Verbandstag ist gebildet aus Kollegen, die aus der Mitte unserer Kollegen gewählt werden zu dem Zwecke, über alle auf dem Verbandstag auftauchenden Fragen nach bestem Wissen und Gewissen zu urtheilen. Daß das auch die Delegierten des letzten Verbandstages gethan, davon sei er überzeugt. Er ersucht die Kollegen, nicht zu thun, was zu einem Erfolg der protestierenden Kollegen beitragen könnte, aber geeignet sei, unsere Organisation zu klammern. Nachdem auch noch Kollege Kähler in der gleichen Weise wie der Referent ausgesprochen hatte, wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die am 26. Oktober in Altenburg abgehaltene der Zahlstellen Hannover, Hannover A.-D., Bienen und Krefeld eine schwere Schädigung des Verbandes und verlangt, daß Beschlüsse des Verbandstages, nach dazu solche, die mit überwiegender Majorität gefaßt sind, auch gehalten werden." Kollege Kähler konstatierte noch mit Genugthuung, daß an diesem Beschluß 50 Kollegen theilgenommen haben. Nach Anhörung eines interessanten Vortrages des Genossen Buchwald wurde die Abstimmung noch einer Besprechung unterzogen und dann die Versammlung geschlossen.

München. Sonnabend, den 1. November, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Die vorgelegte Abrechnung wurde für richtig befunden und dem zweiten Bevollmächtigten Gutachten erteilt. Nach Entgegennahme des Kartellberichts nahm die Versammlung folgende Resolution an: Die heutige Mitglieder-Versammlung verurtheilt aufs Schärffste die Resolution der Zahlstellen Hannover, Hannover A.-D., Bienen und Krefeld. Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen betr. Gehalts-Höhe und Zahlung der Beiträge zur Penfionskasse einverstanden.

Bergedorf. Am 25. Oktober tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Kollege Strismannstheil theilt mit, daß in Heidebeck eine Zahlstelle gegründet worden ist, deren Mitgliederzahl bereits 28 beträgt. Der Kollege sprach dann noch über die Agitation und führte aus, daß der Agitation auf Zielsetzungen sich die größten Schwierigkeiten entgegenstellten. Da müsse man jene Kollegen gewinnen, welche den Winter hindurch Beschäftigung haben. Gehören diese zur Organisation, dann werde sie im Frühjahr unter den zur Arbeit neu Organisirten für Ausbreitung der Organisation wirken. Kollege

Giebel stellte fest, daß die Mehrheit seiner Kollegen, die an einem Streik teilnehmen, dem Verbandsrat den Rücken gekehrt haben. Leider ist es so. Seine Resolution, die zur Agitation verpflichtet, gelangte dann zur Annahme: Die Verbandsleitung erkennt an, daß zur besseren Gewinnung von Mitgliedern für unseren Verband die Werksagitatorien, ein gutes Mittel ist; sie beauftragt die Bevollmächtigten, eine solche Agitation in die Wege zu leiten und wo irgend möglich, sogenannte Werksratsdelegierte in den einzelnen Werksstätten zu wählen. Der zweite Beschlüß legte die Quartalsabrechnung vor, demselben wurde Entlastung erteilt und darauf kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag.

Berlin. Unsere Versammlung tagte Mittwoch, den 29. Oktober. Den Bericht gab der erste Bevollmächtigte Bruns. Danach hat die Tätigkeit nach außen hin nur eine beschränkte sein können, an innerer Reinheit ist dagegen viel zu thun gewesen. Hierauf verlas der zweite Bevollmächtigte Kühle den Passenbericht. Die Zahlstelle hat gegenwärtig 394 männliche und 12 weibliche Mitglieder. — Wie ermittelte den Bericht von der Gewerkschaft, die am 19. Oktober im Gewerkschaftshaus getagt hat. Bedauert wurde, daß der Antrag Berlin auf Befreiung des Gewerkschaftsbeitrags nicht zur Annahme gelangt ist. Befriedigung dagegen rief die Verlegung der Gewerkschaftsleitung von Potsdam nach Berlin hervor, auch wurde eine gewisse Erregung darüber geäußert, daß die Konferenz die Einsetzung einer Kommission beschlossen hat, welche bis zum nächsten Jahre die Vorarbeiten betrefsend der Befreiungsbewegung des Gewerkschafts zu erledigen hat; für diese Kommission stellt die Zahlstelle Berlin den Obmann und wurde als solcher Funk gewählt. Wie er berichtete gleichzeitig über den Stand der Bibliothek und hob dabei hervor, daß dieselbe von den Mitgliedern überaus fleißig benutzt werde. Nachdem die Bevollmächtigten und Revisoren vorgeschlagen worden, erhielt sich eine lebhafte Debatte über die Protestbewegung der Zahlstellen Hannover z. betr. der auf dem letzten Verbandstage beschlossenen Gehaltsregulierung der Verbandsbeamten sowie der vom Verbandsrat übernommenen Beitragsleistung an die Versicherungsgesellschaft des Vereins „Arbeiterpresse“. Nachdem sich eine Anzahl Redner theils für, theils gegen die in Frage kommenden Verbandstags-Beschlüsse ausgesprochen hatten, beschloß die Versammlung, über das Jubiläum von Hannover zur Tagesordnung überzugehen. — Kollege Funk lehnte als Obmann der Kommission nachträglich ab, und wurde dann durch die Bevollmächtigten und Revisoren der Kollege Sewitz gewählt.

Beruburg. Am Sonnabend, den 26. Oktober, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im „Häringers Hof“. Dieselbe war leider schwach besucht. Es wurde zuerst über die uns von Hannover zugesandte Resolution debattiert und folgender Antrag angenommen: Die Beruburger Zahlstelle hält die Beschlüsse des Verbandstages hoch und protestiert gegen die gefasste Resolution der Zahlstellen Hannover, Bünden und Alfeld. Des Ferneren wurde beschlossen, am Sonnabend, den 29. November, aus einem Vortrag halten zu lassen vom Kollegen O. Mertens. Wir erwarten, daß die Kollegen endlich ihre Ruhezeit abbrechen und die Versammlungen fleißiger besuchen wie früher.

Brechenheim. Eine am 25. Oktober tagende Mitglieder-Versammlung beschloß einstimmig, folgende Resolution im „Proletarier“ zur Veröffentlichung zu bringen: Die heute tagende Mitglieder-Versammlung erklärt sich mit den gefassten Beschlüssen des letzten Verbandstages einverstanden, verurteilt aufs Schärfste das Vorgehen der Zahlstellen Hannover und empfiehlt der letzteren, die Kosten für Zirkulare, Porto usw. in Zukunft für ihre eigene Agitation zu verwenden.

Chrenfeld. Unsere letzte Mitglieder-Versammlung beschloß sich mit dem Schreiben der Zahlstellen Hannover usw. und beschloß: Das Schreiben in leidenschaftlicher und höchlichster Weise ad acta zu legen, weil das Vorgehen der gen. Zahlstellen, speziell das der Kollegen Mollenweber und Umlerer, einen starken Einfluß ins Persönliche hat und nicht danach angehen ist, das Wohl des Verbandes auch nur im Entferntesten zu fördern.

Gechenheim. Ueber „Das Zentrum als Arbeiterpartei“ referierte in einer Versammlung am 14. Oktober Genosse Habicht aus Frankfurt a. M. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dieses Thema heute mehr als je aktuell genannt werden darf, bei der wenig ehrenvollen Rolle, die genannte Partei jetzt wieder in der Frage des Posttarifs spielt. Ueber die Entstehung, Vergangenheit und Gegenwart dieser angeblichen Volkspartei machte der Referent interessante Darlegungen. An der Hand von einwandfreiem Material entwarf der Vortragende das Sündenregister derselben, die niemals sich als wirklich arbeitertreudlich gezeigt habe. In allen Fällen, wo es galt, eine entscheidende Haltung zu Gunsten einer durchgreifenden Reform auf sozialpolitischem Gebiete zu betonen, habe das Zentrum verlagert und sich nur zu halben Maßnahmen verhalten. Grundsätzlich sei die Kampfweise, der sich das Zentrum gegen den politischen Gegner bediene, niederträchtig und verlogen seine Presse gegenüber allen antirassistischen Bestrebungen. Der Fall Jäfersen bei der Gewerbegerichtswahl in Kall bei Köln sei typisch für die Bewerthung der katholischen Führer und ihrer Presse. Der unermüdlichen Agitation der freien Arbeiter werde es indessen gelingen, auch denjenigen Leidensgenossen, die sich zur Zeit noch im Banne der Geistesfessel befinden, die Augen zu öffnen und ihnen plausibel zu machen, wo und wer die wahren Arbeiterfreunde sind. — Den Mitgliedern wurde noch zur Nachricht, daß ihnen die Benutzung einer Bibliothek ermöglicht worden ist. Mögen die Kollegen nunmehr recht ausgiebigen Gebrauch machen von dieser Gelegenheit, denn es geht außer Frage, daß mit dem erweiterten Wissen auch das Interesse und Berufsbild für die Organisation zunimmt. Wissen ist Macht, das muß unser Wahl-spruch sein. Suchen wir alle diesen gerecht zu werden, so wird auch die Sehnenkraft unter den Mitgliedern sich vermehren.

Hamburg. Am 23. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei u. S. W. Kollege Dünninghaus ermittelte die Abrechnung vom 5. Quartal d. J. Auf Antrag Koll. Frau Bruns wird dem Kollegen Deharge erteilt. Der Jahresbericht vom verfloffenen Jahre, den dann Koll. Ahrens ertheilt, ist im Ganzen nicht ungenügend zu nennen. Wir haben trotz der schlechten Konjunktur des Jahres uns ungefähr auf der Höhe gehalten und zählen in unserer Zahlstelle heute 379 Mitglieder. — Den Bericht von der Gewerkschaft erteilt Koll. Frau Bruns, und wird es von der Versammlung mit Bedauern aufgenommen, daß unser Antrag, stets vor dem Verbandstage eine Gewerkschaft abzuschließen, nicht angenommen ist. — Dann wird über die geplante Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung noch debattiert. Für diese Vorlage sprechen die Kollegen Kahl und Boelter, während die Kollegen Ahrens und Friede wie auch Frau Bruns der Ansicht sind, daß wohl die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ein dringend mündigenswerthes Internernehmen für uns ist, der Verband jedoch keinesfalls im Stande sei, zur Zeit die Einführung vorzunehmen, da er die finanziellen Lasten derselben zu tragen außer Stande ist.

Hamburg-Uhlenhorst. Am 9. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der erste Punkt der Tagesordnung konnte nicht erledigt werden, weil Kollege Eggers durch Krankheit verhindert war. Das Vorschlagsbuch der Bevollmächtigten lief wegen des schwachen Besuchs der Versammlung leer. Darauf kam Kollege Biel auf das Protokoll vom Verbandstage zu sprechen und erwähnte, daß der Brief, welcher vom ersten und 2. Bevollmächtigten aufgesetzt und nach Öffentlich gefandt, dort gar nicht angekommen sein soll; auch debattiert es sehr,

daß keiner der Delegierten gewußt habe, daß die Wahlkreis-einteilung gegen das Statut verstoße. (Woh! Wie! Das nur allein weiß, D. M.) Diesen Ansprüchen läßt sich Kollege Schmidt an; er beantragt, gegen diese Wahlkreis-Einteilung zu erheben und dies zur Diskussion zu stellen. Kollege Zeuge schließt sich wohl diesen Anschauungen an, bemerkt aber, daß mit dem Schluß des Verbandstages auch die Angelegenheit beendet sein. Kollege Schmidt erklärt, daß wir gerade jetzt den Herren in Hannover zeigen müssen, daß wir noch nicht ummüdet gemacht seien, und erwidert nicht von jenem Antrag abzumachen. Auch kann Kollege Biel es nicht gut heißen, daß Kollege Weg die irreguläre Wahlkreis-Einteilung dem Bundes-Unterschieden will, er allein habe dabei willkürlich gehandelt und sich eines großen Verstoßes gegen das Statut schuldig gemacht. Ferner erklärt Biel, daß die Wahlkreis-Einteilung nicht korrekt gehandelt haben könne, sonst hätte sie unsere Proteste nicht verwerfen können. Auch erwähnt Redner, daß die Beamten so hoch besoldet seien, daß sie ihre Verhältnisse selbst entrichten können. Kollege Koppel erwähnt einen Fall, wo Kollege Boheide an einem gesperrten Bau gearbeitet haben soll; er bezog Streikunterstützung und hat doch nie gearbeitet, er soll sogar die Matrizen für die Arbeitslosen bezahlt haben. Da Beamter nicht anwesend, wurde Eggers beantragt, ihn zur nächsten Versammlung einzuladen. Aus Antwort Kollege Biel daran, daß wir vor der Abstimmung ständen, ein Jeder überlege sich selbst, welche er zu stimmen hat, damit wir nicht noch mehr Mitglieder verlieren. Schmidt fordert auf, auch die folgenden Zahlstellen zu antworten gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu stimmen; würde diese eingeführt, so hätten wir die meisten Unterstellungen zu zahlen. Freig, kann sich für die Ausföhrungen des Berichts nicht sehr erwärmen. Wenn andere Verbände die Arbeitslosen-Unterstützung nicht für gut befanden hätten, dann hätten sie dieselbe wohl nicht eingeführt. Auch erwähnt Redner, daß der Hiesig-Danvers'sche Gewerkschaft sich aus wegen der hohen Unterstellungen über Wasser gehalten hat; Redner bewundert die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

(An sich solche Dinge verwaschelt sich durch händliche Wiederholungen nicht in ihr Gegenteil. Auch dann nicht, wenn man sie durch neue Behauptungen belastet. Alle protestierenden Schreiben sind an die Mandatsprüfungskommission gelangt. Blüthlicher Weise ist kein einziger der geistreichen Proteste aus Uhlendorst trotz ihrer Masse seiner Bestimmung entgangen. Nun soll ich — nach Biel — dem Drucker eine irreguläre Wahlkreis-Einteilung untergeschoben werden. Ist mir ja im Traum nicht eingefallen, konnte mir nicht einfallen, weil wir eine solche irreguläre Wahlkreis-Einteilung nicht hatten. Unsere Wahlkreis-Einteilung entspricht dem Statut. Allerdings dem Statut, das wir haben, von dem ein Exemplar in den Händen eines jeden Kollegen sich befindet, nicht dem Statut, das nur in der Phantasie des Kollegen Biel existiert. Unser Statut hat eine Bestimmung, die lautet: „Kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 300—600 Mitgliedern vereinigt.“ In der hiesigen Phantasie wird diese Bestimmung so ausgelegt, als dürften nur kleine oder gleich kleine Zahlstellen einen Wahlkreis bilden. Das Vordringen „Kleinere“ hat die Verwirrung in Uhlendorst angerichtet. Dies Vordringen deutet an, daß kleinere Zahlstellen als solche mit 400 Mitgliedern einen Wahlkreis bilden. Ich kann also eine Zahlstelle, die 350 zahlende Mitglieder hat, mit zwei solchen zusammen einen Wahlkreis bilden lassen, die je 100 Mitglieder haben; ich kann sie mit 15 anderen Zahlstellen zusammen thun, die alle 15 zusammen nur 250 Mitglieder haben. Gehe ich nicht über 600 zahlende Mitglieder hinaus, dann entspricht die Wahlkreis-Einteilung den futuristischen Bestimmungen. Die Zeit erlebe ich es noch, daß mein Spezialkreuz Biel das endlich begreift. Ein lautes Leben scheint mir dann beschienen. A. B.)

Halle. Eine allgemeine Arbeitslosen-Versammlung ist von den organisierten Arbeitern am Sonntag in Halle a. S. vorgenommen worden. Die Zahlung ergab das Vorhandensein von 1331 ganz Arbeitslosen mit 725 Ehefrauen, die Zahl ihrer Kinder betrug 1301; ferner von 746 zeitweise Arbeitslosen mit 611 Ehefrauen und 1410 Kindern. Zusammen haben also direkt unter der Arbeitslosigkeit 6124 Menschen zu leiden. Die 1331 ganz Arbeitslosen waren seit zusammen 18421 Wochen 2 Tagen ohne Erwerb, so daß die Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit pro Kopf fast 14 Wochen betragen hat. Im Einzelnen schwankt die Arbeitslosigkeit zwischen einigen Tagen und sechs, acht Monaten. Einige besondere Fälle, in denen die Arbeitslosigkeit mit geringen Unterbrechungen schon jahrelang dauert, sind nicht mit in Betracht gezogen worden. Das sind grauenerregende Ziffern, die sich aber in den nächsten Monaten noch um ein Bedeutendes erhöhen werden. Gewerkschaftlich organisiert waren von den 1331 ganz Arbeitslosen 294 und von den 746, welche sich als nicht voll beschäftigt angegeben haben, 157.

Harburg. Eine gut besuchte Versammlung tagte Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags, im Kamprecht'schen Lokale am Barnapp. Genosse Lauffötter hielt einen interessanten Vortrag über das Thema: „Lohn und Mietpreise, zwei Weltanschauungen“. Redner ermahnte für seinen lehrreichen und interessanten Vortrag reichen Beifall. Im 2. Punkt gab der 1. Bevollmächtigte, Kollege Woodd den Jahresbericht. Er führte aus: Die Krise, in der wir uns jetzt befinden, hat auch unangenehm auf unsere Zahlstelle eingewirkt. Den Fortschritt, den wir sonst gewohnt waren, haben wir in diesem Jahre nicht zu verzeichnen. Ueberall herrscht Arbeitslosigkeit und schlechter Verdienst. Viele unserer Kollegen haben mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen und waren gezwungen, sich anderwärts Arbeit zu suchen. Durch die Wasserperrung im Wangerbe wurden viele unserer Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen. Trotz der wirtschaftlichen Krise sei es möglich gewesen, unserer Zahlstelle neue Mitglieder zuzuführen. Es werden dann die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Kollege Unverzagt lehnt seine Wiederwahl zum 2. Bevollmächtigten ab. Im Namen der Versammlung dankt Kollege Martens ihm für seine langjährige Tätigkeit; er wies darauf hin, daß Kollege Unverzagt 10 1/2 Jahre treu unsere Kasse verwaltet hat, ohne viel Kuffen davon zu machen, und forderte die Kollegen an, das Vorbild Unverzagt's stets vor Augen zu haben. Zum Lokalassistenten wurde Kollege Böger wiedergewählt. Nach einem Bericht des Kollegen Martens über die Gewerkschaft wurde der bisherige Gewerkschaftsleiter wiedergewählt. Unter „Beschwerden“ empfahl Kollege Seidenhammer die vom Kollegen Martens in Harburg a. S. verfasste Broschüre: „Wink für Agitation“. Der Preis sei ein sehr niedriger und werde dieselbe an Mitglieder pro Stück für 5 Pf. abgegeben.

Kaffersbanten. Eine recht zahlreich besuchte Mitglieder-Versammlung hatten wir am 2. November zu verzeichnen. Für die Zukunft hoffen wir auf gleich guten Besuch. Wurde uns doch von unserem Karikaturisten ein Vortrag über: „Das dem gewerkschaftlichen Arbeitsverhältnis“ in Aussicht gestellt, in welchem ein Gewerkschaftsmitglied unter besonderer Berücksichtigung der §§ 616, 617, 273 des Bürgerlichen Gesetzbuchs referieren soll. Bei der Wichtigkeit des Themas wäre ein guter Besuch seitens der Kollegen am Platze. Einem Antrag, Gustafsen zu ernennen, wurde stattgegeben, und wurden die Kollegen Seidenhammer für den Kassen- und Bruns und Schimmel für die anderen Stadtblöcke bestimmt, was den Mitgliedern bei einem event. Besuche der Versammlung zur Kenntnis diene. Da Kollege Wolf unser jetziges Versammlungslokal zur Vergrößerung der Herberge benötigt und dieses Jahr kein Neubau mehr anfangen kann, wurde der „Schwarze

Walisch“, Polbenstraße (Koll. Spil), bis zur Vollendung des Neubaus als provisorisches Versammlungslokal gewählt. Die Versammlungen lagen Sonntag, Abends 7 1/2 Uhr.

Kassel. Die am 22. Oktober abgehaltene Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich u. A. auch mit dem Verbandsratsberichts und der Resolution der Zahlstelle Hannover, betreffend die Verbandsrats-Beschlüsse. In der sich hieran anschließenden Debatte betonte Kollege Bachmann, daß es Pflicht der Kollegen sei, sich den Beschlüssen des Verbandstages zu fügen, bis sie ein nachfolgender Verbandstag außer Wirkung gesetzt habe. Auf Antrag des Kollegen Bachmann wurde die Resolution der Zahlstelle Hannover einstimmig abgelehnt.

Köln. Unsere am 19. Oktober hier tagende Mitglieder-Versammlung nahm Stellung zu einem Antrag der Lohn-Kommission, welcher für das nächste Frühjahr eine Forderung von 120 Mk. für das laufende Geld fordert. Die übrigen Arbeiter sollen in entsprechender Weise im Lohn steigen. Die Arbeitszeit soll um eine Stunde verlängert werden. Für Arbeiten, die im Tagelohn zu verrichten sind, soll ein Stundenlohn von 30 Pf. bezahlt werden. Da die Versammlung der Meinung war, daß die Konjunktur im nächsten Jahre günstiger sein wird, so wurde der Antrag der Lohnkommission angenommen.

Köln a. Rh. Endlich, nach langem Bemühen, ist es uns gelungen, auch hier festen Fuß zu fassen. Es war beschämend für eine Stadt wie Köln, daß hier nicht einmal eine Filiale des Fabrikarbeiter-Verbandes war, und wurde dieses am meisten von den zugezogenen Kollegen schwer empfunden. Nachdem in einer öffentlichen Versammlung, wo Kollege Otten referierte, die Gründung einer Zahlstelle beschlossen, hielten wir am 29. Oktober die 1. Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn von der Seyden, Severinstraße 2, ab. Es ließen sich 27 Kollegen und Kolleginnen in den Verband aufnehmen. — Die Diskussion in der 2. Versammlung am 5. d. gestaltete sich über den Punkt „Agitation“ zu einer recht lebhaften. Von allen Rednern wurde betont, daß man in den großen Fabriken hier am Platze eine rege Agitation entfalten müsse, um dem Verbandsrat die Stellung zu verschaffen, welche ihm am hiesigen Orte mit seinen Tausenden von Fabrikarbeitern und Arbeiterinnen gebührt.

Kragensberg. Die am 26. Oktober in Heiland's Gastwirtschaft abgehaltene Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich mit den im „Proletarier“ abgedruckten Statutenänderungen und wurde der Protest verlesen, welcher von Hannover aus verfaßt worden ist. Nach längerer Debatte ging man über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über. Dann wurde die Abrechnung vom 3. Quartal verlesen. Der Bevollmächtigte regte an, recht tüchtig für Werbung neuer Mitglieder einzutreten. Wenn es anging ist, sollen in diesem Winter nach Aga, Krefeld und Pöhl Agitationstouren unternommen werden.

Lehrhausen. Sonntag, den 26. Oktober, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Jahresbericht und Abrechnung wurden vorgelegt. Die Bevollmächtigten und Revisoren kamen wieder bis auf einen Revisor in Vorschlag. Zu der Resolution aus Hannover wurde Stellung genommen. Die eingehende Besprechung endete mit Annahme folgender Resolution: Die am 26. Oktober tagende Versammlung der Zahlstelle Lehrhausen fordert alle Zahlstellen der Verbandes auf, die Beschlüsse des Verbandstages, welche die von uns beauftragten Kollegen gefaßt haben, hoch zu halten und sich in keiner Weise, weder von den genannten, noch von anderen Zahlstellen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen unserer Verbandsbeamten hinsetzen zu lassen.

Leiden. Die Bedeutung der Arbeitslosen-Unterstützung unter Berücksichtigung unseres Verbandes, so lautete das Thema, worüber in einer am Sonntag, den 26. Oktober, im Lokale des Herrn Daniels in Leiden abgehaltenen öffentlichen Versammlung Kollege Bergmann referierte. Redner führte aus: Ueber die Frage, ob die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung notwendig, sei auf dem Gewerkschaftskongreß in Stuttgart zu Gunsten der Einführung entschieden. Es könnten auch nur faktische Gründe dagegen sprechen, und diese zu erörtern, sei Zweck der Versammlung. Durch Gewährung von Arbeitslosen-Unterstützung werde die Fluktuation der Mitglieder bis zu einem bestimmten Grade verhindert. Das Mitglied, welches sich in einem Versicherungszustand befindet, werde auch dem Verbandsrat gegenüber seine Rechte zu erhalten suchen. Des Ferneren werde verhindert, daß die industrielle Reservearmee sich um jeden Preis und zu jeder Bedingung dem Unternehmertum auslieferet. Den Einwand, daß der Kampfcharakter der Organisation verloren gehe, erkenne er nicht an, zumal doch Hunger, Sterbegeld und Krankenunterstützung dem Kampfcharakter des Verbandes auch nicht geschadet hätten. Die englischen Gewerkschaften, welche in dieser Hinsicht bahnbrechend gewesen, hätten als musterhaft angesehen werden. Jetzt schon werde ein Teil der Arbeitslosen-Unterstützung in Form von Maßregelungs- und Streikunterstützungen z. B. bezahlt, auch die Differenzen mit den Arbeitgebern würden sich bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung mehr vermindern. Der Einwand, daß die alten Mitglieder durchweg dauernde Beschäftigung hätten und demnach Vorteile durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nicht hätten, sei nicht stichhaltig, denn eine fogen. „Lebensstellung“ habe der Proletarier nicht; außerdem müsse das Solidaritätsgefühl der Kollegen so stark sein, daß sie nicht so ohne Weiteres die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse zu sich stoßen. Dem Verlangen, daß der Staat für die wirtschaftlich Schwachen einzutreten solle, werde von dem heutigen Staat nicht Rechnung getragen, da der heutige Staat eine Interessenvertretung des Kapitals darstelle. Falls nun der Staat wirklich zu einer Art Versicherung gegen Arbeitslosigkeit schreite, werde doch der Arbeiter die Zehne bezahlen müssen. Also sei Selbsthilfe das beste Mittel. — In der nun folgenden Diskussion fragte Kollege Dingel, ob die 10 Pfennig Beitragserhöhung ausschließlich für den Arbeitslosenfond hinterlegt würden. Bergmann und Bruns gaben hierüber Auskunft, letzterer sagt hinzu, daß falls die Versicherung abgelehnt, eine Einheitsmarke von 20 Pfennig eingeführt werde unter Befehl aller übrigen Warten. Otten erklärt sich dagegen, daß die Arbeitslosen-Unterstützung von den Gewerkschaften eingeführt würde. Ein Teil der moralischen Verpflichtungen würde dadurch den Unternehmern abgenommen. Redner verlangt Staatshilfe für Arbeitslose. Zwischen Bergmann und Otten entspannt sich hierauf eine lebhafte Auseinandersetzung. Ein Beschluß in der Angelegenheit wurde nicht gefaßt.

Lehrhausen. Unsere Versammlung hat die Stellung unserer Kollegen zu dem Vorgehen der Hannoverischen Zahlstellen durch Annahme folgender Resolution dokumentiert: „Die heute, am 26. Oktober, im Lokal Franz Hall'sche General-Versammlung der Zahlstelle Lehrhausen a. Rh. verurteilt auf das Schärfste das Verhalten der drei Zahlstellen in Hannover und deren gefasste Resolution und erklärt sich einverstanden mit den Beschlüssen des Verbandstages in Offenbach.“

Lüneburg. Einem Teil der auf der hiesigen Saline beschäftigten Arbeiter wurde vor zwei Wochen angejagt, daß vom 1. November ab bis auf Weiteres nur von Morgens 7 Uhr bis Abends 5 Uhr gearbeitet würde. Der sowieso schon knapp bemessene Lohn von 2,50 Mark ist in Folge dessen auf 2 Mark pro Tag gesunken. Davon gehen noch die gesetzlichen Versicherungsbeiträge ab, so daß den Arbeitern am Schluß der Woche gut 11 Mark verbleiben. Was es heißt, mit 11 Mark eine Familie zu ernähren, wird sich jeder vernünftige Mensch denken können. Wir behaupten, es ist unmöglich, daß ein Familienvater bei solchem Verdienst seinen Verpflichtungen der Familie, dem Staat und der Kommune gegenüber nachkommen kann, selbst dann nicht, wenn die Frau nach dem berühmten

„Einkauf“ in der Angelegenheit wurde nicht gefaßt.

Rüchgenzettel (acht, wonach ein Mittagssnack für vier erwachsene Personen nur 25 bis 45 Pfg. kostet. Wenn die Arbeiter das Ansuchen an die Arbeitgeber stellen, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verlängern, dann werden dagegen allerlei Gründe geltend gemacht. Den Arbeitern wird oft vorgehalten, sie lägen in den Wirtschaften und vertränten den Verdienst. Natürlich nach Ansicht der Arbeitgeber. Jetzt aber, wo die Geschäfte flau gehen, da scheinen die Unternehmer solche Bedenken nicht zu haben.

Offenbach a. M. Montag, den 3. November, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Saalbau. Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der 1. Bevollmächtigte Kollege Giel ein Schreiben der Zahlstelle Hannover, in dem die Mitgliedschaften aufgefordert werden, sich der Protestresolution gegen die Gehaltserhöhung und die Verstärkung der Beamten des Vorstandes anzuschließen. Kollege Sommer wünscht, daß eine Diskussion über diese Angelegenheit nicht stattfindet und stellt den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, welcher Antrag einstimmig angenommen wird. Bei Punkt 1, Fortsetzung der Diskussion über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung waren noch einige Redner eingezeichnet, welche sich insgesamt zu Gunsten der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung aussprachen. Bei Punkt 3, Anträge zur Gaukonferenz und Wahl der Delegierten zu derselben, erklärt Kollege Knöchel, daß die Tätigkeit des Gauvorstandes in diesem Jahre nur drei Quartale umfasse, daß der Gau um 8 Zahlstellen zugenommen und die Mitgliederzahl sich ebenfalls vermehrt habe. Einen ausführlichen Bericht würde er auf der Gaukonferenz geben. Nach einer kurzen Besprechung über den Streit bei der Altten-Gesellschaft für Schriftgießerei und Maschinenbau wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Oppau. Sonntag tagte dahier die Versammlung unserer Zahlstelle mit einem Vortrag des Kollegen Anton Trapp-Waldsch über: Die Beschlüsse unseres Verbandstages unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitslosen-Unterstützung. Redner bespricht in 1/2stündigen Ausführungen die Beschlüsse unseres Verbandstages und kam eingehend auf die Arbeitslosen-Unterstützung zurück, indem er den Anwesenden besonders die Vortheile der Arbeitslosen-Unterstützung auseinandersetzte. Dann ging er über zu den Gründen der Gegner derselben ein und führte aus, daß wenn die Arbeiter dieselbe nicht selbst durch die Gewerkschaften einführen, wir lange warten können, bis von Seiten des Staates etwas für die Arbeitslosen geschaffen werde. Unsere heutige Regierung und der Staat hätten, um mit einer Zentrumsgröße zu reden, für den Arbeiter nichts übrig als Kanonen und Steuerzettel. Und zur Zeit sei unsere Regierung noch dabei, dem Arbeiter das tägliche Brot zu verweigern. — In der darauf folgenden Diskussion waren sämtliche Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „1. Die gut besuchte Versammlung der Zahlstelle Oppau legt energisch Protest ein gegen die Behauptung des Kollegen Schreiner-Ludwigs auf dem Verbandstage, die Mehrzahl der Mitglieder der Zahlstelle Oppau bestände aus Bau- und Erdarbeitern, die ein besonderes Interesse an der Arbeitslosen-Unterstützung haben“; es sind zur Zeit nur 5 Mitglieder Bauarbeiter, während die übrigen in seltenen Arbeitsverhältnissen stehen. Die Mitglieder der Zahlstelle Oppau erklären, Mann für Mann für die Arbeitslosenversicherung einzutreten. 2. erklärt die Versammlung, mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden zu sein und verwirft insbesondere die Ansichten der Zahlstelle Hannover N.-D., welche die gefassten Beschlüsse rückgängig machen will. Die Versammlung billigt die Gehaltskala unserer Beamten und erklärt, daß es eine der ersten und zernehmten Pflichten der Arbeiterorganisationen ist, ihre Beamten auskömmlich zu bezahlen und glaubt nicht, daß ein Anfangsgehalt von 1800 Mk. zu hoch ist.“

Podersdorf. Am Sonntag, den 2. November, tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Sydow'schen „Schützenhause“. Aus dem Jahresbericht, den Kollege Willnow verlas, konnte man entnehmen, daß trotz der geringen Mitgliederzahl eine ziemlich Summe Krankenunterstützung bezahlt worden ist. Der Mittheilung, daß wieder einmal organisierte Bau- und Erdarbeiter nicht mit organisierten Fabrikarbeitern zusammenarbeiten wollten, folgte eine lebhafteste Debatte, in welcher das Verhalten der Bauarbeiter streng getadelt wurde. Die Versammlung erklärte sich mit der Resolution der Zahlstellen in Hannover einverstanden.

Hadeberg i. S. Eine Gewerkschaftsversammlung hatten unsere Hadeberger Kollegen am Sonntag, den 2. November, nach dem Bahnhof in Lingen bei Hadeberg einberufen. Genosse Redakteur Nieme-Dresden sprach über das Thema: Die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft, die Krise und der „Jahrestag“. Genosse Nieme beleuchtete in seinem Referat die Lage der Industrie, zeigte durch zahlreiches Material, wie es die Unternehmer verstanden, in Zeiten der Krise noch mehr Profit aus der Arbeitskraft der Arbeiter herauszuschlagen. Redner beleuchtete dann weiter die Lage der Landwirtschaft. Er erkannte an, daß zum Theil diese in nicht zu rosigter Lage sich befinde. Nicht etwa diejenigen, welche Zeter und Mordio schrien, seien die Nothleidenden; diesen gehe es noch sehr wohl. Nein, die Kleinbauern, und vor allen Dingen die Landarbeiter seien es, deren Lage verbesserungsbedürftig sei. Eine Verbesserung der Lage der Landarbeiter aber sei nicht durch höhere Löhne erreichbar, sondern durch Anschließung an die Arbeiterorganisationen und Unterstützung der Arbeiterpresse. — Genosse Nieme-Hadeberg sprach in längerem Ausführungen im Sinne des Referenten. Kollege Ludwigs-Dresden forderte vor allen Dingen diejenigen auf, welche noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, dies zu thun. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten Nieme und nach Auforderung des Genossen Nieme, die Lokalinhaber zu unterstützen, die den Muth haben, ihre Lokalinhaber der Arbeiterpresse zu Versammlungen zu geben, wird die Versammlung geschlossen.

Hildorf. Die Versammlung, welche am 26. Oktober bei Hildorf, Saamschulzenau, tagte, nahm den Jahresbericht entgegen. Der zweite Bevollmächtigte wurde entlassen. Der Kollege Hanzewitz erbatte dann den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß durch die Tätigkeit und das Gesammtwirken der Organisation manches Gute erreicht worden ist. In den Gauvorstand wurden gewählt als Kassierer Kollege Wesse, als Schriftführer Henjes. Zum Schluss kam die Protestresolution der Zahlstellen Hannover zur Besprechung. Nach lebhafter Aussprache wurde beschlossen, über die Resolution zur Tagesordnung überzugehen.

Speyer. Die am 2. November abgehaltene Mitglieder-Versammlung hatte den Kollegen Gieß als Delegierten zur Gaukonferenz in Kaiserslautern und nahm Stellung zu der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Letztere wurde von allen Rednern zur Annahme empfohlen. In die Abstimmungskommission wurden 4 Kollegen gewählt, diese haben auch am 17. November mit dem Hildesheimer die Stimmzettel eingekammet. Die Protestresolution der Zahlstellen von Hannover und Umgebung erregte eine lebhafteste Debatte. Als aber von mehreren Kollegen vorgelegt wurde, daß durch die Annahme einer solchen Resolution, die nur Unfrieden und Zwiespalt zwischen Vorstand und Mitglieder bringt, ein Verbandsbeschluss nicht umgehoben werden kann, wie dieses aber auch nicht möglich sei, beschloß die Versammlung, die Resolution in den Papierkorb zu werfen. Sie geben uns der Hoffnung hin, daß es die weichen Zahlstellen ebenso machen werden. Für die Unterstützung, daß alle Kollegen für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung stimmen sollen, schloß Kollege Gieß die Versammlung.

Tangermünde. Die Kollegen werden gebeten, das Verkehrslokal „Zum Kaiserhof“ mindestens jeden ersten und letzten Sonnabend im Monat zu besuchen. In diesen Abenden bietet sich uns Gelegenheit, über unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen uns Kenntnisse zu verschaffen. Die Verhältnisse am Orte sind ungünstig, sie bedürfen dringend einer Besserung. Bessere ist aber unmöglich, wenn die Kollegen in der bislang geübten Beharrlichkeit unser Verkehrslokal meiden. Es muß für jeden Kollegen dringendes Bedürfnis sein, sich mit seinen Klassenossen über Alles anzusprechen, was sich in Fabriken und sonstigen Arbeitsplätzen ereignet. Wenn das der Fall wäre, würde die Organisation am Orte gebeten und der Liebstände würden weniger sein.

Torgau. Sonnabend, den 1. November, tagte unsere Mitglieder-Versammlung, die auch über die Resolution der Zahlstellen Hannover verhandelte, aber eine Stellungnahme in dem von diesen Zahlstellen gewünschten Sinne strikte ablehnte. Nachdem ein dritter Bevollmächtigter und ein Revisor vorgelegt, und mehrere Vorschläge angenommen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Warel i. O. Die am 27. Oktober tagende Mitglieder-Versammlung sprach ihr Bedauern über das Verhalten der hannoverschen Zahlstellen aus, welches darauf hinausgehe, die Beschlüsse des Verbandstages in Mißkredit zu bringen. Was wir von den Arbeitgebern verlangen: günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, soll die Organisation als Arbeitgeberin auch ihren Arbeitern gewähren. Sollte die Meinung der Kollegen durch Vornahme einer Urabstimmung festgestellt werden, dann ist es besser, wenn man die Kosten für Verbandstage spart und sämtliche Beschlüsse durch Urabstimmung herbeiführt.

Waldheim. Die am 1. November tagende Mitglieder-Versammlung verlegte auf Antrag unseres ersten Bevollmächtigten unser Verkehrslokal nach dem „Schweizerthal“. Darauf referierte Kollege Meyer-Leipzig über die Arbeitslosenunterstützung. Er meinte, man müsse gegen diese Unterstützung stimmen. Sie würde mehr im Interesse der Arbeitgeber als in dem der Arbeiter. Die Arbeitgeber würden bei flammenden Geschäftsgänge die einigermassen entbehrlichen Arbeiter sofort entlassen, weil letztere Unterstützung erhalten. Es sei wohl möglich, daß die Gegner der Arbeitslosenunterstützung bei der Urabstimmung unterliegen würden, dann sei es ihre Pflicht, sich der Majorität zu fügen.

Wandebek. In der vor vier Jahren hier begründeten Kaffee-Kompagnie Theodor Reichardt (G. m. b. H.), die durch ihre pompösen Ankündigungen in ganz Deutschland bekannt geworden ist, herrscht, was die Arbeitsordnung und Entlohnung anlangt, Zustände, die weniger bekannt sein dürften. In der Arbeitsordnung, die von der Direktion festgesetzt worden ist, sind recht rigorose Bestimmungen enthalten. So heißt es u. a. im § 2: „Bei erstmaligem Verspäten tritt eine Strafe in Höhe von 25 Pf., bei zweimaligem eine solche von 50 Pf. und bei drittmaligem Verspäten sofortige Entlassung ein.“ Der § 5 setzt fest: „Wer die Arbeit während des Tages verläßt oder wegen Uebertretung der Fabrikanordnung entlassen wird, hat für diesen Tag keinen Lohnanspruch.“ Also wer z. B. in der letzten Arbeitsstunde aufhört oder entlassen wird, geht keines Lohnes für die neun Stunden verlustig! Im folgenden Paragraphen heißt es aber: „Der Lohn wird nach Stunden berechnet und nur für die wirklich gearbeiteten Stunden bezahlt.“ Daß hier die Rechte sehr ungleich bemessen sind, bedarf wohl nicht weiterer Ausführung. Daß das Sammeln von Unterschriften und Geldern verboten ist und daß Zuwiderhandlungen gegen die famose Arbeitsordnung sehr hart bestraft werden, versteht sich am Rande. Recht traurig ist es auch um die Lohnverhältnisse in dieser Fabrik bestellt, in der 50 Männer und 40 Frauen und Mädchen beschäftigt sind. Die Löhne der Arbeiter schwanken zwischen 16 und 35 Pf., die der Frauen und Mädchen zwischen 12 und 15 Pf. Ueberstunden werden in diesem Betriebe mit keinem Aufschlag entschädigt, und so dürfte es auch nicht Wunder nehmen, daß Frauen im Afford und bei Ueberstunden 10 Mk. bis 12 Mk., einige 14 Mk. verdienen haben. Das ist der Betrieb, in dem der vielgepriesene Reichardt's Kaffee hergestellt wird. In keinem anderen Wandebeker Betriebe herrschen annähernd ähnliche Zustände. Unfern von diesem süßen Betriebe mit den bitteren Lohn- und Arbeitsverhältnissen giebt es eine Fabrik, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen bei bedeutend angenehmeren Bedingungen genau doppelt so viel verdienen, wie in ersterem. Da die Arbeiter in dem geschilderten Betriebe sich aber der Organisation nicht angeschlossen haben, ist fürs Erste nicht an eine Besserung zu denken.

Wilhelmsburg. Sonntag, den 19. Oktober, tagte hier eine außerordentliche Versammlung. Kollege Schulz aus Hamburg hielt einen lehrreichen Vortrag über: Das Koalitionsrecht und seine Handhabung. Dann wurde der Jahresbericht gegeben und die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Dann entspann sich eine Diskussion über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Kollege Schulz führte Alles an, was nach seiner Meinung der Arbeitslosenunterstützung als Schwierigkeit entgegensteht und gab dem Wunsch Ausdruck, daß Alle mit ihm gegen die Arbeitslosenunterstützung stimmen möchten.

Zülchow. Am 8. und 12. Oktober waren für Bredow und Zülchow öffentliche Versammlungen einberufen, für welche Frau Biez als Referentin erscheinen sollte. Leider war sie am Erscheinungsort verblieben. Der Genosse Hamisch hatte an ihrer Stelle das Referat übernommen. Er referierte über die Gewerkschaften und die Krise und über Politik und Gewerkschaft. Die Versammlungen waren nicht sonderlich besucht. Vier Mitglieder wurden aufgenommen.

Soziale Rundschau.

Vereinsvergütungen und Sonntagshelbstung. Gegen die 3 Bevollmächtigten und die 3 Revisoren der Zahlstelle Podersdorf war von Seiten des dortigen Amtsvorstehers Strafanzeige beim Amtsgericht in Greifenhagen erstatet wegen Uebertretung des § 11 der Oberpräsidial-Berordnung vom 9. September 1895, betreffend die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage. Die Angeklagten hatten in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober Feiertage beim Gastwirth Solin im Sydow'schen Schützenhause ein Vergnügen abgehalten und zwar von 1 Uhr bis 6 Uhr. Sie sowohl wie der mitangeklagte Restaurantier waren daraufhin in erster Instanz zu je 5 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil hatten sie Berufung eingelegt. Der Vorsitzende Herr Dr. Hirschfeld betraf sich in der Verhandlung vor der Berufungskammer des Stettiner Landgerichts auf Kammergerichtsenstehenden, wonach für die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage nicht der kalendermäßige Beginn des betreffenden Tages in Betracht komme, sondern erst diejenige Zeit, wo die eigentliche Sonntagfeier beginnt, d. h. also von den Sonntagmorgens an. Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung an und sprach die Angeklagten unter Aufhebung des ersten Urtheils frei. — Bekanntlich richteten sich die Polizeibehörden nicht nach den Entscheidungen des Kammergerichts, sondern nach den Anweisungen der Regierung. Es dürfte also nicht ausgeschlossen sein, daß die Polizeibehörden an anderen Orten wieder ebenso verfahren werden, wie der Amtsvorsteher von Podersdorf und daß deshalb die davon betroffenen Arbeiterorganisationen jedesmal die höhere Instanz anrufen müssen, um Recht zu bekommen.

Leistung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialquittung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 29. Oktober folgende Beträge ein:

Riel 113,35.	Ludwigshafen 429,91.	Sommerfeld 100,64.
Odenstedt 106,50.	Podersdorf 93,80.	Kaiserslautern 24,36.
Wißlar 24,12.	Reichshausen 13,30.	München 834,06.
Marne 59,55.	Solgen 134,55.	Coswig 48,86.
Berlin 454,55.	Oppau 30,95.	Dach 20,—.
Stettin 234,11.	Gotha 49,95.	Zeitz 103,40.
Kensfeld 252,15.	Hildersleben 191,10.	Bettin 25,65.
Rößlin 5,65.	Ritzdorf 146,35.	Queblinburg 33,90.
Wasing —,18.	Cannstatt 216,05.	Bägerdorf 139,20.
Wittenberg 71,85.	Magdeburg 379,54.	Bangensfelde 342,10.
Kußla i. Th. 70,30.	Dornstedt 39,15.	Biebrich 1,50.
Wannheim 53,61.	Kiesfeld 67,05.	Stahfurt 178,30.
Elbingerode 66,80.	Bärzel 42,11.	Stolzenhagen 45,49.
Ostermied 137,97.	Hameln 58,66.	Cytha 8,95.
Uedermünde 59,40.	Osmünde 19,40.	Horst i. S. 23,50.
Lappau 36,25.	Münden 14,—.	Rehlin 114,31.
Heiligenhafen 24,27.	Wismar 33,95.	Rehau 54,72.
Helmstedt 27,33.	Siebenlehn 22,71.	Rombach 23,47.
Saundersleben 84,70.	Wainstadt 50,65.	Freiberg 7,—.
Hannover II 17,—.	Häsch a. M. 124,25.	Eichershausen 59,15.
Röln-Ohrenfeld 30,55.	Gilbed 194,20.	Tilfit 5,—.

Schluf: Dienstag, den 11. November, Mittags 12 Uhr.
Berichtigung. In Nummer 22 muß es heißen: Bredow 93,68.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 23918. Ausgestellt in Lübeck für Gust. Schwarz.
Nr. 7 Heinrich Wehrens, ausgestellt am 1. Februar 1902 in Fürstentum.
Nr. 35745. Ausgestellt am 27. August 1898 in Odenstedt.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Gau 17, S. i. Hamburg. Vorsitzender: F. Barger, Adnoldstraße 30K, Kassierer: C. Vogt, Zeitmannstr. 43, 3. Et. Alfeld. Heinz Winckelmann, Mittelstraße 2. Werdern. Ulf. Wolf, Mißburg, Hoferweg 211, 1. Et. Güst. W. Schröder, Zeilshamerweg 8. — Reiseführer bei W. Legendere, Kl. Launusstraße 11. Zeitz. Jul. Müller, Köhlergasse 7. Köln. (Gau 16.) Frh. Walder, Karthäuserstraße 16. Mannheim. Wilh. Popper, 4. Querstraße 36. Rombach. Martin Sinn, Emmerichstraße 2. Neuhaldensleben. Reiseführer bei Kollege Rob. Borsdorferstraße 19, 1. Et. Mübeland. Aug. Stants, Wärtenstraße. Thiede. Wilhelm Lampe. Winterhude-Eppendorf. Otto Körner, Menborferstr. 95

Eingegangene Zahlstellen.

Rehlin.
Briefkasten.
Fr. Wacker, Ogersheim. Der Bericht enthält weiter nichts als das Vortragsstema und die Namen der in Vorschlag gebrachten Bevollmächtigten und Revisoren. Solche Berichte zu veröffentlichen, ist uns von dem letzten Verbandstage untersagt.
Chr. W., Dresden. Wird nicht veröffentlicht. Wer die Versammlung einberufen, ist nebenächlich.

Gaukonferenz des Gaues 14.

Sonntag, den 7. Dezember, Vormittags 10 Uhr, tagt unsere Konferenz in Kaiserslautern, im Lokale „Zum Gesellschaftshause“.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.
 2. Unsere Agitation.
 3. Anträge der Zahlstellen.
 4. Wahl des Sitzes vom Gauvorstand.
 5. Wahl des Ortes der nächsten Gaukonferenz.
 6. Verschiedenes.
- Jede Zahlstelle ist berechtigt, einen Delegierten zu wählen. Die Kosten tragen die Zahlstellen.
Anträge sowie die Namen der gewählten Delegierten sind bis zum 20. November cr. an den Unterzeichneten einzusenden.
Mit kollegialstem Gruß
Ludwig Benz,
Ludwigshafen-Friesenhehn, Spatenstraße 48.

Inserate. Dresden.

Den Kollegen, welche auf der Reise Dresden berühren, zur Mittheilung, daß diese nur die Herberge im **Dresdner Volkshaus**, Marktstraße 13 und Ritzbergstraße 2, am Schützenplatz (nächste P. des Bahnhofs Wettinerstraße), in Anspruch zu nehmen haben. Nur vor diese frequentirt, hat Anspruch auf das Lokalgeheimt. [1,20 Mk.] Der Vertrauensmann.

Zahlstelle Heidelberg.

Sonntag, den 16. November, Mitglieder-Versammlung. Um Erscheinen aller Mitglieder wird dringend gebeten. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Jahnitz.

Sonntag, den 16. November, Nachmittags 4 Uhr, tagt im Lokale des Herrn Schneider eine Mitglieder-Versammlung. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist dringend erforderlich. 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Lüneburg.

Am Sonnabend, den 22. November, Tanzkränzchen in der Zentrallhalle des Herrn Timpe. Eintritt 30 Pfg., Tanz 50 Pfg. Anfang 8 Uhr. Hierzu werden die Mitglieder freundschaftlich eingeladen. 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Soest.

Sonntag, den 16. November, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Gastwirth Reichardt. Bücher und Stimmzettel sind mitzubringen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich. 1,05 Mk.] Der Bevollmächtigte.

Zahlstelle Werder-Glindow.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Mitglieder-Versammlung jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, tagt. Die nächste Versammlung am 7. Dezember. 90 Pfg.] Die Bevollmächtigten.